

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band II

Gründung des Deutschen Reiches und der 2. Dreißigjährige Krieg

47 Jahre Freiheit + 27 Jahre Unfreiheit

Band II/012

Der totalitäre Weltstaat der Geheimbünde, Teil 5

Der NWO-Moloch "Vereinte Nationen" (UN) fördert die Massenmigration

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/26-28): >>>Halb Afrika will nach Europa

_ von Martin Müller-Mertens und Jürgen Elsässer

110 Millionen haben konkrete Reisepläne, rund 900.000 warten bereits in Libyen auf die Überfahrt übers Mittelmeer. Die Geburtenexplosion in den Ländern südlich der Sahara ist der Treibstoff der Migration - und die offenen Grenzen auf dem alten Kontinent wirken als Einladung.

Neueste Umfragen in afrikanischen Ländern zeigen, daß bis zu zwei Drittel der Einwohner auswandern wollen. Dabei sind nicht allein Not und Terror ein Antrieb, sondern oft Verwandte und Freunde, die schon in Europa sind", faßte die Welt Mitte März 2018 zusammen. In den Vorjahren kamen die Flüchtlinge vor allem über Italien in die EU. Seit in Rom mit dem Lega-Politiker Matteo Salvini ein Asylkritiker das Innenministerium führt, der den Schlepperschiffen das Einlaufen in die Häfen des Landes verboten hat, haben die Organisatoren der Völkerwanderung eine neue Route gefunden: Nun geht die Überfahrt vorzugsweise von Marokko aus an die spanische Küste.

Mitte Juni 2018 kamen an zwei Tagen über 1.100 Afrikaner in Schlauchbooten über die Meerenge von Gibraltar - das hatte es nie zuvor auf der iberischen Halbinsel gegeben. Die Schleuser sind politisch offensichtlich gut informiert: Sie wußten, daß etwa zeitgleich zum Amtsantritt der italienischen Rechtsregierung in Spanien die Konservativen von den Schaltebeln der Macht vertrieben wurden und seither ein sozialistisches Kabinett die Geschicke des Landes lenkt, das es mit dem Grenzschutz nicht so genau nimmt.

Der neue Premier Pedro Sanchez hat bereits angekündigt, den NATO-Stacheldraht auf dem meterhohen Grenzzaun der Exklaven Ceuta und Melilla abbauen zu wollen. So könnten die Migranten künftig ganz ohne gefährliche Überfahrt bereits auf dem afrikanischen Kontinent ein Zipfelchen EU-Territorium erreichen und hätten damit das Recht auf Weitertransport auf das europäische Festland.

Das Heer der Millionen

Laut Angaben von Eurostat, der Statistikagentur der EU, beantragten zwischen 2014 und 2017 beinahe eine Million Bewohner der Länder südlich der Sahara Asyl in Europa. Doch das ist erst der Anfang. "In Libyen halten sich derzeit 900.000 Migranten auf. Der Anteil derjenigen, die gegenwärtig nach Europa wollen und auch die Mittel dazu haben, wird auf 200.000 geschätzt", zitierte die Wiener Kronen-Zeitung im September 2016 aus einem vertraulichen Bericht des österreichischen Geheimdienstes Heeres-Nachrichtenamts. Diese Zahl könnte jedoch

zu niedrig angesetzt sein: Als andere Medien im April 2016 über eine ähnliche Prognose der Wiener Militäranalysten berichteten, widersprach der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU): "Ich halte sie für zu niedrig."

Bereits jetzt haben sich zwischen 300.000 und 400.000 Menschen sowohl aus Nigeria als auch aus Südafrika, dazu 270.000 Menschen aus dem Senegal, 250.000 aus Ghana und 180.000 aus Kenia in Europa angesiedelt. Diese wollen jetzt ihre Angehörigen und Freunde nachholen. Eine Studie des renommierten amerikanischen Pew Research Center vom Frühjahr 2018 ermittelte durch Befragungen vor Ort folgende Zahlen: Zwei Drittel der Ghanaer und Nigerianer sowie etwa die Hälfte der Kenianer, Senegalesen und Südafrikaner wollen am liebsten emigrieren, vor allem in die USA oder nach Europa.

Im Jahre 2012 prognostizierte der inzwischen verstorbene Gründer der Organisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, daß "18 Millionen" auf "den gelobten Kontinent Europa" strömen werden. Doch das dürfte noch untertrieben gewesen sein: In den Ländern südlich der Sahara leben derzeit 1,1 Milliarden Menschen. Wenn auch nur zehn Prozent sich auf den Weg machen, wären das 110 Millionen.

Afrika explodiert

"950 Millionen Menschen wollen 2050 aus Afrika sowie aus den nichtafrikanischen Araberländern entkommen", errechnete Gunnar Heinsohn im Juni 2015. Der Demographie-Forscher - er arbeitet auch für die staatliche Bundesakademie für Sicherheitspolitik und das NATO Defense College in Rom - hält die Biologie und nicht die Religion (also den Islam) für den Grund der afrikanischen Expansion nach Europa:

Der hohe Geburtenüberschuß treibe alle, die im eigenen Land keine Aufstiegsmöglichkeiten haben, übers Mittelmeer. Daß sich zu 90 Prozent Männer und kaum Frauen in Bewegung setzen, dürfte allerdings durchaus mit dem Islam (und Stammesmentalitäten) zu tun haben: Das weibliche Geschlecht gilt in diesen Kulturen wenig, der Drang zur Selbstverwirklichung wird ihm von Kindesbeinen an abtrainiert.

Tatsächlich ist das Bevölkerungswachstum in Afrika fast drei Mal höher als im Rest der Welt, schneller auch als in den arabischen Ländern. Nach einer Studie der Vereinten Nationen von 2015 wird die Zahl der Menschen auf der Erde bis zum Jahr 2050 auf 9,6 Milliarden ansteigen. Von den 31 Ländern mit der höchsten Geburtenrate liegen 29 südlich der Sahara.

Bis zum Jahr 2050 wird sich die afrikanische Bevölkerung mehr als verdoppeln - von heute 1,1 Milliarden auf 2,4 Milliarden. Zur Jahrhundertwende werden es sogar 4,2 Milliarden sein - und damit mehr als vier Mal so viel wie heute. Im weltweiten Durchschnitt bringt jede Frau heutzutage 2,5 Kinder zur Welt - nur noch halb so viele wie Anfang der 1950er Jahre. Die große Ausnahme ist Afrika. Dort entbindet jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder. ...<<

Der deutsche AfD-Politiker Alexander Gauland berichtete am 6. Oktober 2018 in der "FAZ" über die Dominanz der Internationalisten (x335/10): >>... Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Startups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 2018 (x887/...): >>Legalisierung der Masseneinwanderung

Unterzeichnung des "Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" am 10. Dezember

Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: "Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration".

Daß unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ist, kann nicht verwundern.

Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluß die Weihen der Rechtlichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, daß damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und daß nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.

Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer "sicheren, geordneten und regulären Migration". Das heißt nichts anderes, als daß allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, daß dafür ein System eingerichtet wird, daß für die versprochene Ordnung sorgt, und daß ein Recht auf Immigration gesetzt wird.

Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Beschrieben wird das wörtlich: "Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus."

Der unscheinbare Einschub "unabhängig von ihrem Status" bedeutet nichts anderes, als daß auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält neue. Die Staaten werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.

Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als "Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung". Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen, daß aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.

Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, daß sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Daß Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, daß diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.

Um aber zu verhindern, daß noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, daß der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung "wir verpflichten uns ..."

Vor allem der Konnex mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt. Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Daß die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.

Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich daß man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. November 2018 (x887/...): >>Mist, aufgefliegen

Wie die Ösis Berlins Pläne durchkreuzen, warum Ausländer Rassisten sind, und wieso wir den Italienern eins überziehen müssen

Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das ist wirklich ärgerlich. Geplant war, den "Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" still und heimlich unterm Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Ziel zu schmuggeln. Bloß keine Debatte! Die könnte ja Fragen aufwerfen, die man nur ausweichend beantworten kann, um die Katze im Sack zu behalten.

Nun liegt dieser gerissene Plan in Trümmern. Es waren, wen darf das noch wundern, mal wieder diese verschlagenen Österreicher. Die haben den Stöpsel gezogen und eine Flut unangenehmer Fragen in die deutsche Öffentlichkeit gespült.

Zuvor hatten sich zwar schon die USA und Australien von dem "Migrationspakt" losgesagt, der am 10. Dezember im marokkanischen Marrakesch unterzeichnet werden soll. Es folgte Ungarn, und auch in Polen, Tschechien Dänemark, Kroatien, Slowenien und der Schweiz wachsen die Bedenken. Aber wer sind die schon? Alles Rechtspopulisten!

Österreich ist komplizierter - zwar auch irgendwie rechtspopulistisch, aber Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien, gilt immer noch als Schwesterpartei der deutschen CDU/CSU, was Ungarns Viktor Orbán höchstens der Form nach noch ist.

Erst als Kurz den Pakt absagte, wurde Berlin wirklich nervös. Dieser Tage wurde es sogar ersten CDU-Politikern zu heiß. CDU-Innenexperte Marian Wendt will, daß die Bundesregierung den Pakt nicht unterzeichnet. Er fordert statt dessen eine "sachliche Debatte". Eine sachliche Debatte, mal ganz was Neues. Für diesen gewagten Vorstoß bringt er immerhin die beste aller Begründungen vor: Weil sonst die Rechtspopulisten den Ton in der Debatte vorgeben. Soll wohl heißen: Wenn die "Rechten" die Angelegenheit nicht öffentlich gemacht hätten, würde man natürlich kein Wort darüber verlieren.

Das Außenamt unter Heiko Maas will gegen "Falschbehauptungen" über den Pakt ins Feld ziehen. Eine solche Falschbehauptung sei, daß der Vertrag zu irgendwas verpflichte. Nun ja, pingelige Textauswerter haben den Text untersucht und 87 Mal die Wörter "verpflichten" oder "Verpflichtung" aufgestöbert. Was Heiko Maas noch lange nicht dazu verpflichtet, irgendwelche Verpflichtungen zuzugeben. Und im Grunde hat er sogar recht. Der UN-Migrationspakt ist mehr so eine Art Rutschbahn, auf der die Staaten Europas und Nordamerikas ganz langsam in die besagte Verpflichtung zur massenhaften Aufnahme von wem auch immer ganz langsam hineinschlittern sollen.

Was ist das große Ziel? Das hat der verstorbene frühere UN-Migrationsbeauftragte Peter

Sutherland schon vor Jahren ausgeplaudert: Die nationalen Kulturen Europas sollen überwunden, also quasi ausgehöhlt und eingeebnet werden (die PAZ berichtete). Da das nicht alle gern hören, hat man die Schleichweg-Route mit dem Migrationspakt gewählt.

Entscheidend wird sein, die "sachliche Debatte" von kritischen Einwänden freizuhalten. Da sind wir auf einem guten Weg. Laut dem Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek für die AfD kann schon die Verwendung des Wortes "Überfremdung" dazu führen, daß einem verfassungsfeindliche Bestrebungen untergejubelt werden. Seien Sie also bloß vorsichtig, was sie laut denken, wenn Sie auf dem Marsch durch Ihren Stadtteil selbst nach 300 Metern noch kein einziges deutsches Wort gehört haben.

Murswiek ist bewußt übervorsichtig. Könnte also durchaus passieren, daß "Überfremdung" doch noch durchgeht. Wenn dem so ist, muß das aber nicht so bleiben. Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen ist ja nun endlich weg. Hoffen wir, daß jemand auf seinen Posten kommt, der die gebotene Strenge im Umgang mit abweichenden Einschätzungen der Lage aufbringt. Dann ist jedenfalls Schluß mit dem "Überfremdungs-Gerede", dann gibt's nur noch Bereicherung, Buntheit und Vielfalt. Oder die ewige Verdammnis.

Es könnte alles ganz herrlich werden nach der endgültigen Austilgung der Falschdenker. Leider lassen unsere schlimmsten Feinde im Kampf gegen den allgegenwärtigen Rassismus einfach nicht locker. Wer diese Feinde sind, wissen wir ja: die Ausländer!

Ob Amis oder Ungarn, Polen oder Tschechen, Russen oder Italiener, Kroaten oder Dänen - wo's undeutsch zugeht, tanzen sie aus der Multikulti-Reihe. Wann sehen diese widerspenstigen Völkchen endlich ein, daß nur wir recht haben und sie uns gefälligst folgen müssen?

Von ihrem schändlichen Kurs lassen sie sich nicht einmal von den frommen Aktivitäten der weltumspannenden Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Massenwanderung abbringen. In Mittelamerika begleitet die Gruppierung "Pueblo sin Fronteras" (PSF) recht eifrig die sogenannte "Karawane" von Emigranten, die durch Mexiko Richtung USA unterwegs ist. PSF bestreitet mit Inbrunst, von Stiftungen des US-Milliardärs George Soros unterstützt zu werden.

Soros ist Unterstützer der Demokraten und es ist doch ein günstiger Zufall, daß die "Karawane" pünktlich zu den US-Kongreßwahlen in die Schlagzeilen ploppte. Das mußte US-Präsident Trump und seine Republikaner wegen ihrer Grenzkontroll-Politik ja notwendigerweise wie Unmenschen aussehen lassen. Selbstverständlich wurden auch die US-Medien mit jenen Bildern armer Emigrantenkinder überschwemmt, welche wir Deutsche noch von 2015 kennen.

Doch irgendwas ist schiefgegangen. Viele Amis haben ganz anders reagiert als erhofft. Natürlich hatten sie Mitleid mit den Leuten da unten. Dennoch waren viel zu viele US-Bürger froh, daß sie Grenzkontrollen haben, deren Sinn ihnen angesichts des Massenzuges wieder sichtbar wurde. So war das nicht gedacht, eine klassische propagandistische Fehlzündung. PSF ringt um den Eindruck, nur humanitär unterwegs zu sein und keinen politisch-ideologischen Stoßtrupp darzustellen, wie die Trumpisten behaupten.

Der Name der PSF lautet ins Deutsche übersetzt indes "Volk ohne Grenzen", was schon heftig auf Weltanschauung (nach dem Motto: Alle Grenzen abschaffen, "no borders, no nations", "Kein Mensch ist illegal" und so weiter) schließen läßt. Waren die armen Leute, die da auf Wanderung gegangen sind, angelocktes Kanonenfutter für eine politische Wahlkampf-Kampagne?

Pfui! Damit so etwas nicht einmal gedacht werden kann, muß der Kampf gegen "Haßreden" noch sehr viel schärfer geführt werden. Nur, was nützt unsere deutsche Standfestigkeit, wenn die Ausländer da draußen immer frecher aus der Reihe tanzen?

So fangen die Italiener (ja, die schon wieder) an, ernsthaft Probleme zu machen. Die haben

offenbar die Nase voll vom Euro-Diktat, sie wollen nicht einsehen, daß Massenarbeitslosigkeit, eine in weiten Teilen verwüstete Industrie und unerfüllbare Auflagen nur beweisen, wie sehr die einfachen Italiener von der Gemeinschaftswährung profitiert haben. Statt dessen wächst in ihnen der populistische Ungeist empor, daß eine eigene Währung, die man notfalls abwerten kann, sie flexibler machen würde im Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Aus Rom dringt nunmehr die düstere Kunde, daß sich das Land darauf vorbereite, eine Art nationale Zweitwährung neben den Euro zu stellen. Die würde logischerweise dem Zweck dienen, den schrittweisen Totalausstieg aus dem "Jahrhundertprojekt" einzuleiten.

Da können wir nur hoffen, daß die Euro-Zone nach Ablauf des Ultimatums an Rom nächste Woche härteste Maßnahmen beschließt. Zum Glück haben wir mit Heiko Maas einen Außenminister, der schon als Justizminister gezeigt hat, daß er mit politischen Abweichlern keine Gnade kennt. Der sozialdemokratische Chefdiplomat der Bundesrepublik wird im Ringen mit Rom dafür sorgen, daß das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands völlig neue Höhen erklimmen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. November 2018 (x887/...): >>>Ist der GCP wirklich verbindlich?

Warum der Globale Migrationspakt der UN in seinem Wirkungspotential nicht unterschätzt werden sollte

Während die Kritik an dem Globalen Migrationspakt der UN mit dem nahenden Unterzeichnungstermin am 11. Dezember ständig anschwillt und die Zahl der nicht unterzeichnungswilligen Staaten wächst, bemüht sich die Bundesregierung, beschwichtigend zu erklären, daß der Pakt kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sei und auch nicht in die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten eingreifen werde. Hat sie Recht?

Es gibt eine Reihe von äußeren Merkmalen, welche die Vermutung nahelegen könnten, daß der sogenannte Globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (GCM, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) künftig völkerrechtlich verbindlich sein wird. Dafür würde die Bezeichnung als Pakt ebenso sprechen wie die zahlreichen auf einen Vertrag hindeutenden Formulierungen mit detaillierten Verpflichtungserklärungen oder die wiederholte Berufung auf Menschenrechtsübereinkommen und die UN-Charta. Es geht jedoch weder um den Titel des Dokuments noch um einzelne Formulierungen.

Die entscheidende Frage ist aus völkerrechtlicher Sicht, ob die Teilnehmerstaaten die Absicht haben, mit diesem Dokument für sich eine völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erzeugen. Das ist nicht der Fall, weil dies im Text ausdrücklich verneint wird. Dort heißt es in Paragraph 7, "der Globale Pakt stellt einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen" dar. So wird dieser außerrechtlichen Abmachung nach ihrer Annahme durch die Staats- und Regierungschefs demnach keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommen.

Das bedeutet vor allem, daß im Falle der Verletzung einzelner Regelungen keine völkerrechtlichen Sanktionen folgen und auch die Anrufung eines internationalen Gerichts nicht möglich ist. Man wird nur von einer politisch-moralischen Bindung sprechen können, die schwächer als die völkerrechtliche ist.

Und dennoch sind derartige Dokumente, die einstimmig oder von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit angenommen worden sind, in ihrem Wirkungspotential nicht zu unterschätzen. Sie können - wie die internationale Praxis zeigt - auf verschiedenen Wegen eine Eigendynamik entwickeln, die nach einer gewissen Zeit in der völkerrechtlichen Verbindlichkeit mündet. Das gilt allerdings nicht für jene Staaten, die sich der Annahme oder Unterzeichnung widersetzt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland würde sich also als Unterzeichnerstaat dieser Dynamik nur schwer entziehen können. Die möglichen Wege dorthin sind vielfältig. So könnte der Globale Pakt zunächst eine Vorstufe, also eine Art "Testlauf" sein, um bei positiver Resonanz als

völkerrechtlicher Vertrag zur Unterzeichnung und Ratifikation aufgelegt zu werden. Beispielsweise wurde die Anti-Rassismus-Deklaration der UN von 1963 schon 1966 in die völkerrechtlich verbindliche Anti-Rassismus-Konvention überführt.

Ein anderer Weg wäre, daß der vorliegende Pakt nach einigen Jahren ganz oder in Teilen zu Völkergewohnheitsrecht wird, indem die Teilnehmerstaaten die darin enthaltenen Regelungen als Recht behandeln. Schließlich zeigt das Beispiel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975, daß auch ein Dokument mit "nur" moralischer Verbindlichkeit eine außerordentlich hohe Bedeutung mit politischer Sprengkraft erlangen kann.

Der Pakt behandelt die Immigration als einen schicksalhaft unvermeidbaren Vorgang, zu dessen Regulierung (nicht Verhinderung) nur an einigen Stellschrauben zu drehen sei. In Wirklichkeit verlangt seine Umsetzung von den europäischen Zielstaaten letztlich den Verzicht auf wesentliche souveräne Rechte. Denn die massenhafte Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten, die unter dem Vorwand des Asylbegehrens ins Land kommen und regelmäßig mangels Identitätsfeststellung nicht mehr zurückgeführt werden können, wird im Ergebnis auf einen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen.

Entgegen der im Pakt enthaltenen Feststellung, Nutznießer der Immigration seien gleichermaßen die Ausgangs- und die Zielstaaten der Migration, sind die Rechte und Pflichten darin sehr ungleich zu Lasten der westlichen Industriestaaten verteilt.

Während die Zielstaaten des Nordens mit konkreten Pflichten überhäuft, beispielsweise dazu verpflichtet werden, den Immigranten erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Arbeitsmarkt sowie zu anderen nationalen Einrichtungen zu gewähren, werden die Mißstände, die in den Ausgangsstaaten die Ursachen für das Verlassen des Landes sind, wie die schlechte Regierungsführung (bad governance), die weitverbreitete Korruption oder das niedrige Bildungsniveau als Hauptgrund für die Bevölkerungsexplosion nicht angesprochen und deren Beseitigung auch nicht angemahnt.

So sind die Ausgangsstaaten der Immigration per saldo die Gewinner des Pakts. Da sie zudem eine komfortable Zweidrittelstimmenmehrheit in der UN haben, dürften sie ein lebhaftes Interesse daran haben, kraft dieser Mehrheit bald auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit hinzuwirken, um dann die Zielstaaten des Nordens im Falle der Nichteinhaltung mit rechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überführung des vorliegenden Pakts in einen völkerrechtlichen Vertrag wäre ohne große Probleme möglich, weil der Wortlaut des Pakts schon jetzt alle notwendigen Ingredienzien einschließlich eines Überprüfungsverfahrens zur Umsetzung des Pakts enthält.

Die potentiellen Verliererstaaten des Nordens können sich dem nur durch Nichtteilnahme entziehen. Vermutlich aber wird Kanzlerin Angela Merkel die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als "krönenden" Abschluß ihrer Laufbahn als "Flüchtlingskanzlerin" vornehmen. Daß infolgedessen in Deutschland nach etwa zwei Generationen Bedingungen herrschen können, die heute in den Ausgangsstaaten zum Verlassen des Landes führen, wird sie wohl kaum tangieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. November 2018:
>>Nach dem Globalen Pakt für Migration legen die UN die nächste Schurkerei auf den Tisch

_ von Iris N. Masson

Der heftig umstrittene Globale Pakt für Migration ist noch nicht ratifiziert, da liegt die nächste internationale Vereinbarung zu "Flüchtlingen" auf dem Tisch. Vor einer Woche zauberte der "Dritte Ausschuß der UN-Generalversammlung" in New York einen neuen Pakt aus dem Hut. Federführend ist hier wohl der Vertreter Pakistans, der Vorteile für sein Land herauschinden will. Schließlich zähle dieses zu den Hauptaufnahmелändern von "Flüchtlingen". Ergo sei die

Last stärker zu verteilen.

Um genau darum geht's, und 176 Staaten haben bereits für diesen Entwurf gestimmt, der Mitte Dezember, also drei Tage nach Unterzeichnung des UN-Teufelspaktes in Marrakesch, von der UN-Generalversammlung offiziell angenommen werden soll. Einzig die USA wehren sich bislang - wie gehabt -, da auch dieses Abkommen mit ihren souveränen Interessen kollidiere. Der Global Pact for Migration, von dessen fatalem Inhalt bis vor kurzem in Deutschland weder Abgeordnete en detail, geschweige denn die Medien überhaupt Kenntnis hatten, ist längst - und Gott sei Dank - zum Politikum geworden.

Hätte die AfD keinen Antrag im Bundestag eingebracht, diese brisanten Punkte mit verheerenden Auswirkungen für Europa und insbesondere Deutschland zur Diskussion zu stellen, wäre er unter dem Radar und an der Bevölkerung vorbei still unterzeichnet worden. Wobei diese Gefahr noch längst nicht gebannt ist.

Und wieder sind es die Alternativen, die die zweite große Schurkerei der UN zu diesem Thema auf's Tapet bringen, aber leider noch nicht in den Bundestag. Wobei dieser kriminell genug sein dürfte, wie er bislang hinreichend unter Beweis gestellt hat, auch dieses Abkommen klammheimlich zu unterzeichnen - auch wenn es ebensolchen Konfliktstoff birgt wie der Migrationspakt.

Zwar hat man nunmehr die Katze aus dem Sack gelassen und spricht ganz unverhohlen von "Neuansiedlungsprogrammen" anstelle der rührseligen Nummer "Flüchtlingsschutz" und "Steuerung der Migration, um diese einzudämmen" - eine Bezeichnung, für die angebliche Verschwörungstheoretiker inzwischen heftig sanktioniert werden. Aber das macht's nicht besser; im Gegenteil. Das zweite Abkommen sieht unter dem Narrativ "komplementäre Wege", zu denen auch Stipendien, Studentenvisa und reguläre Arbeitsplatzbeschaffung (als Verstärkung der Konkurrenz um Lohndumping) zählen, die geballte Aufnahme von "Flüchtlingen" in Drittstaaten vor. Alles mal wieder nicht bindend? Nicht verpflichtend?

UN fordern Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben
Schauen wir mal: Das erste Schurkenstück, der Globale Migrationspakt, steht für einen angeblich sicheren, geordneten und regulären Zuzug von - offiziell - rund 258 Millionen Migranten, vor allem "Arbeitssuchenden". (Anstelle des Paktes könnte man aber auch den Trump machen ... oder besser noch die UN verpflichten, ein internationales Abkommen zur Regulierung der verheerenden Überbevölkerung durch radikale Geburtenkontrolle in arabischen Ländern und Afrika zu entwickeln, auch wenn die Afrikaner - Gloria Fürstin von Thurn und Taxis zufolge - "halt gern schnackseln").

Werfen wir nun einen Blick auf den zweiten UN-Pakt, den "Flüchtlings-Pakt": Hier ist die Rede von offiziell anerkannten "Flüchtlingen" und "politisch Verfolgten", für die hauptsächlich der Libanon etwa oder die Türkei die Last tragen. Er soll für mehr Ausgleich (sprich Abnahme der Migranten) sowie "konkrete und praktische Maßnahmen" sorgen.

Will heißen: Die sogenannte Staatengemeinschaft soll "Ressourcen und Sachverstand" (insbesondere der wäre angebracht) bereitstellen, um Aufnahmeländer dabei zu unterstützen, ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme für "Flüchtlinge" sowie deren Unterbringungs- und Neuansiedlungsmöglichkeiten zu erweitern. Weiter steht in der 24-seitigen Vereinbarung: "Die Staaten erkennen an, daß Neuansiedlung ein konkreter Mechanismus zur Lasten- und Verantwortungsteilung ist." Es muß nicht hinterfragt werden, wer hierfür der auserkorene Kandidat ist... Ausdrücklich gefordert wird hier die Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben.

Und damit sich die Aufnahmeländer nicht um Nachschub sorgen müssen, hat sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in seiner unendlichen Güte bereit erklärt, den "Schutzstatus" der Glücksritter vor Ort zu ermitteln und diese dann auf legalem Wege auf die Reise zu schicken. Erstmals ist endlich wörtlich von "Resettlement" (and Replacement) - nichts

anderes als "UMVOLKUNG" - die Rede. Davor haben alternative Journalisten bereits vor Jahren gewarnt, als sie dieses völker- wie kulturvernichtende Pamphlet der UN noch persönlich übersetzen mußten.

Selbstredend besteht hier ebenso wenig wie beim Migrationspakt eine rechtliche Verpflichtung, wie sich das Auswärtige Amt beeilt zu versichern - zumal Deutschland als "sechstgrößtes Flüchtlingsaufnahmeland" und "zweitgrößter Geber" ohnehin "seinen Beitrag" leiste, "daß Bedürfnisse von ‚Flüchtlings‘ gedeckt werden können". Obwohl "der Pakt Konsequenzen für uns" hat, wie Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik gegenüber "Die Welt" einräumt, sei er dennoch im Interesse Deutschlands: "Es geht darum, die Standards für Flüchtlinge in den Nachbarländern anzuheben."

Da kann man dann natürlich schon mal die der eigenen Bevölkerung aus dem Blick verlieren, zumal hier Summen abgegriffen werden dürften, die sich auf den bereits laufenden Milliardenunterhalt für die mehr als zwei Millionen Versorgungssuchenden in Deutschland auftürmen und den Einheimischen nicht (mehr) zur Verfügung stehen werden.

Der Migrationsexperte Oliviero Angeli von der Technischen Universität Dresden allerdings befürchtet bei diesem zweiten Pakt eine kleine Schwäche: "Es ist nicht ganz klar, wer als Flüchtling betrachtet wird." Mit dieser Furcht steht er nicht allein da, denn diese Kompromißformel könnten arabische, afrikanische und Balkan-Staaten, die das Privileg der Arbeitnehmer-Freizügigkeit genießen, durchaus eigenwillig auslegen:

Ihren Männerüberschuß insbesondere aus den Haft- und Irrenanstalten etwa abzuschieben; spart jede Menge Geld. Und, wie sich bereits vielfach gezeigt hat: Es gibt auch "Flüchtlinge", die vor (justiziabel berechtigter) Inkastierung in ihrer Heimat fliehen - vorzugsweise nach Deutschland ... Und nach ihren Schandtaten einen auf "psychisch traumatisiert" machen.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>Globaler Pakt zum Volksaustausch

_ von Amelie Winther

Am 11. Dezember soll in Marokko ein UNO-Abkommen unterzeichnet werden, das bisher illegale Migration legalisieren will. Trump und Orban sind bereits ausgestiegen - und das aus guten Gründen.

Der sogenannte Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) umfaßt in der am 13. Juli 2018 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen - mit Ausnahme der USA und Ungarns - angenommenen Version 34 Seiten. Es wären weniger nötig gewesen, hätte man Wohlfühlfloskeln wie Nachhaltigkeit, Kooperation und Menschenrechte weggelassen. Die wirken einigermaßen grotesk, denn auch Länder wie Saudi-Arabien, deren Menschenrechtsverletzungen mit Händen zu greifen sind, werden den Pakt unterzeichnen. Sie verstellen auch die Sicht auf den Kern des Abkommens: Es geht um ein "universales Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit", wie es der Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei und Juraprofessor Hans-Ueli Vogt zusammenfaßt.

Bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des globalen Nordens ist es nicht schwer, sich vorzustellen, in welche Richtung sich die zu erwartenden Massenwanderungen - und zwar nach der Vorstellung des GCM auf einfacheren, nämlich legalen Routen - bewegen werden. Die UNO spricht von aktuell 250 Millionen Migrantinnen weltweit - tatsächliche Flüchtlinge sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Der Druck nimmt allein durch das immense Bevölkerungswachstum in Afrika weiter zu, und viele der dortigen Staatslenker haben ein vitales Interesse an einem international anerkannten Ventil, um den Überschuß an Unzufriedenen und potentiellen Unruhestiftern loszuwerden.

Maulkorb für Kritiker

Die UNO stellt die pauschale These auf, der GCM - ein "internationaler Meilenstein in Sa-

chen Migration" - sei "zum Wohle aller". Solche universalen Heilsversprechen sind mit Vorsicht zu genießen, besonders wenn sie durch eine entsprechende mediale Lenkung der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden sollen. Ziel 17 des Vertrags betrifft die "Eliminierung jeder Form der Diskriminierung" und die "Gestaltung der Wahrnehmung von Migration".

Dazu gehören neben Meldemechanismen für Haßreden oder Gewalt gegen Migranten auch "Sensibilisierung und Schulung von Medienschaffenden zu migrationsspezifischen Fragen und Terminologie" sowie die Streichung öffentlicher Zuwendungen für "Medienunternehmen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung gegenüber Migranten fördern".

Auch wenn der Globale Pakt für Migration die "Achtung der Pressefreiheit" betont: Schon heutige Vorstöße - wie etwa die der selbsternannten Neuen deutschen Medienmacher, die "Armutszuwanderung" als "abwertend" einschätzen, im Begriff "Asylkritiker" einen Euphemismus für "rassistische" oder "rechtsextreme" Meinungen sehen und sogar beim Pronomen "wir" zur Vorsicht raten - zeigen, daß eine sprachliche Steuerung des öffentlichen Diskurses zur politischen Waffe werden kann. Mit Ziel 17 ließe sich rechtfertigen, im Namen der UN kritische oder auch nur skeptische Stimmen zur unbegrenzten Migration zum Verstummen zu bringen.

Unter solchen Argusaugen könnte selbst der anerkannte Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin zur Persona non grata in der Migrationsdebatte werden. Immerhin stellt der Ex-SPD-Kulturstatsminister fest, daß offene Grenzen das Elend der Welt nicht wesentlich mildern, die Herkunftsregionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den Aufnahmeländern verschärfen. Auch Paul Colliers Erkenntnisse würden diskreditiert. Der Oxford-Ökonom folgt mit seinem Buch Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen dem wissenschaftlichen Grundsatz, ein Thema "ohne Zorn und Eifer" anzufassen, genügt aber damit wohl nicht den Ansprüchen des GCM, Migration ausschließlich positiv darzustellen.

Er kommt nämlich zu solchen Schlüssen: "Möglicherweise würde eine ständig zunehmende kulturelle Vielfalt nach und nach die gegenseitige Rücksichtnahme untergraben, und die nicht absorbierten Auslandsgemeinden würden an dysfunktionalen Aspekten der Sozialmodelle festhalten, die zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung in ihren Herkunftsländern bestimmend waren. Eine andere mögliche Folge einer weiteren Zunahme der Migration bestünde darin, daß kleine, arme Länder wie Haiti, die ihren größten Talenten wenig zu bieten haben, einen immer größeren Verlust von Fähigkeiten erleiden würden: einen Exodus." Dieses Problem des sogenannten Braindrain kommt im Migrationspakt nur am Rande vor.

Handschrift von Davos

Volkswirt Norbert Häring, Redakteur beim Handelsblatt, wies in einem Blogeintrag vom 21. Juli 2018 auf das dem GCM dienliche "intensive Lobbying der im Weltwirtschaftsforum versammelten internationalen Großkonzerne ..., die hochmobile Arbeitskräfte sehr nützlich finden", hin. Die Ziele des Weltwirtschaftsforums von Davos faßte er so zusammen: "Politische Parteien, die Zuwanderung zu begrenzen und zu kontrollieren versprechen, sind ein Problem. Sie schaden der Wirtschaft. Migration sollte man heute nicht mehr als eine Beziehung zwischen Individuum und Staat verstehen, sondern als Beziehung zwischen Individuum und Arbeitgeber, vermittelt über den Staat. Staat und Zivilgesellschaft sollen in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft (sinngemäß) eine Willkommenskultur etablieren.

Beteiligt an der Ausarbeitung des Vertrags war unter anderem die Internationale Organisation für Migration (IOM), die auch regelmäßig in Davos zugegen ist. Deren Generaldirektor William Lacy Swing vertrat dort 2015 die Meinung, daß es "im Moment nicht genug politischen Mut zur Migration" gebe. Schon im Jahr zuvor hatte er, ebenfalls beim Jahrestreffen der Wirtschaftslobbyisten in dem Schweizer Nobelort, den "Megatrend Migration" als "unumgänglich, nötig und wenn richtig gesteuert, wünschenswert" bezeichnet, um dann die demographische

Karte zu spielen: "Während der Norden überaltert, fehlt den Menschen im Süden Arbeit.

Heerzug der Wütenden

Aus diesen Ländern stammen die meisten Flüchtlinge in Afrika



Quellen: UNHCR, Stand 2015

Grafik: COMPACT

Die Austauschmigration (Replacement Migration), von der UNO schon länger in ihren Zukunftsszenarien angepriesen, ist menschenverachtend: Die geburtenstarken Länder im Süden werden zum demographischen Selbstbedienungsladen der reproduktionsschwachen Industrienationen deklariert. Gleichzeitig werden die spezifische Identität der Völker und der innere Frieden der Staaten - siehe Nida-Rümelin und Collier - zur Disposition gestellt, damit die demographische Dividende stimmt. Das hat mit wahrer Humanität wenig zu tun.

Pochen auf Souveränität

Ein weiterer problematischer Aspekt des GCM - von dem niemand sagen kann, ob ihn die EU über kurz oder lang in bindendes Recht ummünzt - ist die fehlende demokratische Legitimation. Weder die, die ihn ausgearbeitet haben, noch die, die ihn am 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnen werden, nämlich die Ständigen Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten, noch der Inhalt sind von Parlamenten oder gar durch Volksabstimmungen abgesegnet worden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Der Pakt: "Nicht bindend"?**

_von Karel Meissner

Das von der UNO vermittelte Abkommen für globale Migration zerstört die Souveränität der Staaten - dabei war diese Souveränität das Fundament der Vereinten Nationen. Wie konnte der Gärtner zum Bock werden?

Wie kann eine Institution, die sich "Vereinte Nationen" nennt, zu einem Rammbock gegen die Nationen werden? Wie kann sie einen Pakt initiieren, der souveräne Nationen verpflichtet, Millionen Fremde aufzunehmen und ihnen dieselben Rechte, Jobs, Gesundheitsversorgung und Renten zu bieten wie den Einheimischen? Genau das ist der Inhalt des Global Compact for Migration, der auf einer UN-Konferenz am 10./11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden soll.

Man komme nicht mit dem Argument, die UNO sei als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus entstanden, und deswegen dürfe niemand "diskriminiert" werden, wenn er illegal Grenzen überschreite. Es stimmt zwar, daß die "Deklaration der Vereinten Nationen" auf die Atlantik-Charta zurückgeht, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier

Winston Churchill 1942 im Krieg gegen Hitler-Deutschland entwarfen. Aber deren Prinzip war ja gerade, die Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von halb Europa zerstört worden war, wiederherzustellen.

Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier: Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht was die grausame Judenverfolgung anging. Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eiserne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging. ...

Die Transformation der UNO

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger.

Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das *Vatican Magazin* untersucht: "Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nicht-staatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

Vor diesem Hintergrund kann auch nicht beruhigen, wenn die Bundesregierung in Bezug auf den Migrationspakt hervorhebt, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast hundert Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik: Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse werden sich darauf berufen und Druck machen.

Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften. Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses "Soft Law" dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration. Millionen von Afrikanern sehen dem Vertragsabschluß Mitte Dezember freudig entgegen.<<

Die systematische Zerstörung des jahrhundertealten Naturrechts

Alles, was gegen die Natur ist, hat auf die Dauer keinen Bestand.

<i>Charles Darwin (1809-1882, englischer Naturforscher und Biologe)</i>

Die NWO-Säkularisten und Atheisten behaupten zwar unentwegt, daß das Naturrecht eine "christliche Erfindung" sei, aber wesentliche Grundlagen des Naturrechts wurden bereits im Altertum durch Heraklit, Aristoteles, Cicero und vor allem durch das Römische Recht

begründet. Augustinus und Thomas von Aquino und andere sahen später im Naturrecht das von Gott der menschlichen Vernunft eingeschriebene Gesetz.

In der Renaissance (Mitte des 14. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts) und besonders während der sogenannten Aufklärung (geistige Strömung des 17. und 18. Jahrhunderts) lösten Bartolomé de Las Casas, Francisco de Vitoria, Hugo Grotius, Baruch de Spinoza, Samuel Freiherr von Pufendorf, Immanuel Kant und andere) das Naturrecht aus der Verbindung zur Theologie und entwickelten es zu einem rationalen Rechtssystem. Danach mußten staatliche Gesetze in Rechtsstaaten mit der christlich inspirierten Naturrechtslehre im Einklang stehen und gerecht sein.

Nach jahrzehntelangen kontroversen Debatten entwickelten spanische Theologen und Rechtsgelahrte im Jahre 1573 die ersten Grundsätze des Menschen- und Völkerrechts. Die spanische Krone beendete damals gleichzeitig die Conquista in Lateinamerika.

Bartolomé de Las Casas (1476-1566, Dominikaner, kämpfte gegen die Versklavung der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas durch die Spanier) und Francisco de Vitoria (1483-1546, katholischer Theologe und Völkerrechtler sowie Begründer der Spanischen Spätscholastik) galten damals als die personifizierten "Gewissen Spaniens" und zählen heute zu den Begründern der modernen Völkerrechtswissenschaft.

Der niederländische Jurist Hugo Grotius (1583-1645, Begründer des modernen Völkerrechts) veröffentlichte im Jahre 1625 sein Hauptwerk "De jure belli ac pacis" ("Über das Recht des Krieges und des Friedens").

In diesem Buch präsentierte Grotius erstmalig ein systematisches, vom Naturrecht ausgehendes, Völkerrecht. Er trat während des Dreißigjährigen Krieges angesichts der aktuellen Kriegsgreuel für eine grundlegende Humanisierung der Kriegsführung ein, um vor allem die Zivilbevölkerung zu schützen. Ferner forderte er gerechte Friedensverhandlungen, die dauerhaften Frieden gewährleisten sollten.

In seinem Buch "De jure belli ac pacis" hieß es (x194/134): >>... Das Recht ist nie ganz unwirksam, auch wenn es ihm noch so sehr an Macht gebricht. ...<<

Der deutsche Historiker Ernst Sauer berichtete später über die Publikation des niederländischen Völkerrechtlers (x128/290): >>Seine einzigartige Bedeutung beruht darauf, daß er im Augenblick der größten Not des Dreißigjährigen Krieges die Bemühungen der Theologen, Philosophen und Juristen zusammenfaßte, welche sich seit langem für die vernünftige Regelung zwischenstaatlicher und rechtlicher Beziehungen eingesetzt hatten. Gewiß ließ Grotius dem ius voluntarium, dem völkerrechtlichen Gewohnheitsrecht, Raum, jedoch nur so lange, als es mit dem von der Vernunft diktierten natürlichen Völkerrecht in Einklang zu bringen war. Im Falle eines Widerspruchs mit dem Naturrecht hatte das Gewohnheitsrecht zu weichen.

...

Nun war das Völkerrecht in ein wissenschaftlich einwandfreies und vernünftiges System gebracht, an dem kein Herrscher und kein Diplomat vorbeigehen konnte. Vor Grotius wäre es möglich gewesen, die politische Macht als solche wirken zu lassen. Jetzt wurde es ein zwingendes Gebot für jeden Staatsmann, sich gegenüber seinen Kollegen vom völkerrechtlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen. ...<<

Immanuel Kant erläuterte im Jahre 1795 in seiner Schrift "Zum Ewigen Frieden" die Möglichkeiten des Völkerrechts (x128/292): >>... So muß es einen Bund von besonderer Art geben, den man den Friedensbund nennen kann, der vom Friedensvertrag darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß einen Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu erledigen suchte.

...

Die Huldigung, die jeder Staat dem Rechtsbegriffe, wenigstens dem Worte nach, leistet, beweist doch, daß eine noch größere, obzwar zur Zeit schlummernde moralische Anlage im Menschen anzutreffen sei, über das böse Prinzip in ihm (was er nicht ableugnen kann) doch

einmal Meister zu werden und dies auch von anderen zu hoffen; denn sonst würde das Wort Recht den Staaten, die sich einander befehden wollen, nie in den Mund kommen, es sei denn, bloß um einen Spott damit zu treiben, wie jener gallische Fürst es erklärte:

Es ist der Vorzug, den die Natur dem Stärkeren über den Schwächeren gegeben hat, daß dieser ihm gehorchen soll. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete damals über das Naturrecht (x816/-146): >> Vernunftrecht (Naturrecht, philosophisches Recht), der Inbegriff der Rechtsgrundsätze, welche durch Nachdenken als die der Rechtsidee entsprechenden gefunden werden. Im engeren Sinn faßt man unter Vernunftrecht oder Naturrecht auch wohl diejenigen Rechte zusammen, welche dem Menschen als solchem und abgesehen von besondern staatlichen und gesellschaftlichen Zuständen zukommen und gewissermaßen angeboren sein sollen.

Den Gegensatz zu diesem Vernunftrecht bildet das positive Recht der einzelnen Staaten. Dies allein als der Ausdruck des staatlichen Gesamtwillens, welchem sich der Einzelwille fügen muß, kann praktische Geltung beanspruchen, welche dem Vernunftrecht um des willen versagt werden muß, weil gerade auf dem rechtsphilosophischen Gebiet die Ansichten sehr weit auseinander gehen.

Auf der andern Seite ist aber die Rechtsphilosophie, d.h. die philosophische Untersuchung über Begriff und Wesen von Recht und Rechtsverhältnis, als eine wichtige Grundlage der Rechtswissenschaft anzusehen, wie sie zugleich einen integrierenden und wichtigen Bestandteil der Philosophie überhaupt bildet. Denn wie es im allgemeinen die Aufgabe der letzteren ist, aus den äußeren, wechselnden Erscheinungen und Zuständen des menschlichen Lebens das diesen zu Grunde liegende Gesetz und ihren letzten Grund zu erforschen, so liegt es ihr auch ob, durch Feststellung der Idee des Rechts eine sichere Norm für die Beurteilung der bestehenden angeblichen Rechte und Rechtsordnung zu gewinnen.

Auf diese Weise wird zugleich dem Recht eine tiefere Begründung gegeben und die Möglichkeit eröffnet zur Fortentwicklung der bestehenden Gesetzgebung im Geiste der Rechtsidee. Während das Altertum die geistvollen Ausführungen eines Platon und eines Aristoteles über den letzten Grund von Staat und Recht und über die idealen Zwecke der Staats- und Rechtsordnung aufzuweisen hat, ist im Mittelalter eine völlige Nichtbeachtung jener philosophischen Grundlage und ein starres Festhalten am Buchstaben des Gesetzes vorherrschend.

Erst Hugo Grotius stellte den Grundsatz von der Vernunftmäßigkeit desjenigen Rechts, das aus der Geselligkeit der Menschennatur entspringt, und die Möglichkeit der Ableitung einer Rechtswissenschaft aus der Natur des Menschen (Naturrecht) auf, weshalb man ihn wohl den Vater des Vernunftrechts genannt hat. Ihm folgten Pufendorf, Thomasius, Locke, Wolf, Montesquieu, Rousseau und Kant, Fichte, deren Nachfolger, die sogenannten Naturrechtslehrer (Rotteck u.a.), die Philosophie als die ausschließliche Grundlage der Rechtswissenschaft hinstellten oder doch das philosophische Moment in einseitiger Weise hervorhoben.

Dies veranlaßte die Reaktion der sogen. historischen Schule, welche unter Hugos Führung mit der philosophischen den Kampf aufnahm und die Einseitigkeit der letzteren mit einer ähnlichen auf der rechtshistorischen Grundlage erwiderte, bis besonders durch Savignys Wirken die gleichmäßige Bedeutung von Philosophie und Geschichte für die Rechtswissenschaft zur Anerkennung und Würdigung gelangte. ...<<

Die Menschenrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit und rechtliche Gleichbehandlung sowie Schutz des Eigentums galten von Natur aus oder vom ersten Schöpfungstage an. Sie galten als angeboren, wurden demnach von niemandem gewährt und konnten deshalb auch nicht entzogen werden. Das wurde mit den Attributen unverletzlich, unveräußerlich ausgedrückt. Jeder Rechtsstaat hatte deshalb bisher die Pflicht, diese Menschenrechte zu gewährleisten.

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Januar 2008

(x892/...): >>Das Naturrecht als Grundlage jeder staatlichen Ordnung

Vortrag des Civitas Instituts

1. Was versteht man unter Naturrecht?

Wenn man heute in verschiedenen Kreisen das Wort "Naturrecht" gebraucht, stößt man nicht selten auf völliges Unverständnis. Das Verständnis des überlieferten Naturrechts scheint in der Tat vollständig aus dem Bewußtsein unseres Volkes verschwunden zu sein. Man assoziiert damit so etwas wie die Ordnung von Naturvölkern, das "Recht des Stärkeren" und ähnliches. Man erkennt hieran einmal mehr, wie schnell ein grundlegender politischer und sozialer Begriff verschwinden kann, wenn bestimmte interessierte Kreise alles daran setzen, ihn zu unterdrücken und durch etwas anderes zu ersetzen. An die Stelle des Naturrechts hat man den Begriff der Menschenrechte gesetzt, der einen völlig anderen Hintergrund hat, worauf ich später noch genauer zu sprechen kommen werde.

Ohne ein gutes Verständnis des wahren Naturrechts, wie es seit Jahrhunderten von der Kirche verteidigt wird, ist eine richtige und angemessene Beurteilung ethischer, sozialer, politischer und juristischer Probleme unserer Welt nicht möglich. Darum ist es geradezu eine Verpflichtung für einen Katholiken, sich zumindest die Grundkenntnisse des Naturrechts anzueignen und für seinen persönlichen Lebensbereich fruchtbar zu machen. Dies will ich mit dem folgenden Vortrag versuchen.

Leider hat die katholische Kirche selbst den Begriff des Naturrechts nach dem II. Vatikanischen Konzil entweder ganz aufgegeben und ebenfalls durch den Begriff der Menschenrechte ersetzt, oder ihn so abgeändert, daß er nicht mehr im Widerspruch zum neuzeitlichen rationalistischen oder aufklärerischen Naturrechtsverständnis steht. Es gibt nämlich nicht das Naturrecht schlechthin, sondern ganz verschiedene Verständnisse des Naturrechts. Dazu später mehr.

Was ist nun mit dem Wort "Naturrecht" gemeint? Das Wort "Natur" bezieht sich nicht primär auf die allgemeine von Gott geschaffene Natur, sondern meint die Natur im Sinne von Wesen und zwar des menschlichen Wesens.

Der Mensch ist nicht, wie uns der Existentialismus und ähnliche Ideologien klar machen wollen, das "nicht festgestellte Tier" (Nietzsche), er ist nicht ein weißes, unbeschriebenes Blatt, daß sich selbst zu dem macht, was es sein will, ein "geworfener Entwurf", wie Heidegger sagt, sondern er hat eine ihm, die allen Menschen gemeinsame Natur, ein unveränderliches Wesen, das allen Menschen aller Jahrhunderte gemeinsam ist.

Alle Menschen sind Menschen und keine Kühe, oder Hühner, oder Regenwürmer. Dasjenige, was den Menschen zum Menschen macht, das, wodurch er sich von allen anderen Geschöpfen unterscheidet und wodurch er eben ein Mensch ist, nennt man die Natur des Menschen.

Und was ist diese Natur des Menschen, was zeichnet ihn vor allen anderen Geschöpfen aus? Der Mensch ist eine leib-seelische Einheit. Der Mensch ist das animal rationale, wie man im Mittelalter sagte, das vernunftbegabte, geistige, rationale Lebewesen. Er ist weder reiner Geist wie die Engel noch einfach ein Lebewesen wie die Tiere und Pflanzen. Es ist vor allem anderen der Geist, die Vernunft, die den Menschen von allen anderen Lebewesen auf der Erde unterscheidet. Und was ist mit dem Geist genauer gemeint? Insbesondere zwei Fähigkeiten sind es, die den Geist charakterisieren: durch seine Geistigkeit kann der Mensch etwas als etwas erkennen.

Die menschliche Erkenntnis ist nicht einfach so, daß sie z.B. irgend etwas bloß wahrnimmt was ihr auf seinem Weg durch einen Raum im Wege steht, oder nur insofern wahrnimmt, als es zu seiner Lebenserhaltung notwendig ist wie beim Tier, sondern der Mensch nimmt z.B. wahr, daß der Stuhl dort aus Holz ist, daß der Himmel heute bedeckt ist und Regen verheißt. Durch die Vernunft kann der Mensch zudem erkennen, was gut ist und was schlecht ist, was böse ist. Er sieht z.B. nicht bloß einfach, daß ein junger Mensch einer älteren Dame die

Tasche aus der Hand nimmt, sondern er sieht damit auch ein, daß diese Handlung böse ist. Und die zweite Fähigkeit des Geistes ist der Wille.

Dadurch kann sich der Mensch frei, ohne inneren und äußeren Zwang für das Gute entscheiden. Er kann durch den Willen auch eine naheliegende Befriedigung zu Gunsten einer höheren Befriedigung zurückstellen, und das nicht nur einige Minuten, sondern tage-, wochen- und oft jahrelang; er kann seine natürlichen Triebe unterdrücken, umlenken und umformen.

Aus der kaum zu leugnenden allgemeinen Tatsache der leib-seelischen Einheit, die der Mensch ist, ergeben sich nun ganz bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die mit dem Wort "Naturrecht" zusammengefaßt werden, z.B. das ganz einfache Gesetz, daß bei allem was der Mensch tut, das Geistige gegenüber dem leiblichen vorherrschen soll.

Diese Gesetzmäßigkeiten sind göttlichen Ursprungs, weil der Mensch, wie alles andere auch, von Gott geschaffen ist. Deshalb können sie vom Menschen ebenso wenig geändert oder beseitigt werden wie die allgemeinen Naturgesetze der Physik, der Chemie und Biologie. Der Mensch unterliegt auch diesen Naturgesetzen, sie sind gültig, unabhängig von Raum und Zeit. Allerdings sind die Gesetze des Naturrechts nicht in derselben Weise bindend, wie die Naturgesetze der Physik usw. Letztere sind unabänderlich und können durch uns nicht außer Kraft gesetzt werden.

Wir können gegen Naturgesetze praktisch gar nicht verstoßen ohne zumindest schweren Schaden davon zu tragen. Wer die Gesetze der Schwerkraft nicht beachtet, fällt sogleich heftig auf die Nase und wird deshalb z.B. alles tun, möglichst nicht aus dem fünften Stock eines Hauses zu springen. Im Prinzip kann man auch gegen das Naturrecht nicht verstoßen, ohne schweren Schaden zu verursachen, doch tritt dieser Schaden nicht immer sofort ein und ist oftmals auch nicht sogleich zu erkennen.

Die Gesetze des Naturrechts sind nämlich moralische Gesetze, Gesetze die ein Sollen beinhalten, was von den Naturgesetzen der Physik zweifellos nicht gesagt werden kann. Man kann gegen das Naturrecht verstoßen, sich darüber hinwegsetzen und anderes tun, als vom Naturrecht vorgesehen. Wir können uns z.B. unseren Begierden überlassen, uns von einer Wut beherrschen lassen und auf Rache aus sein. Dann herrscht das Animalische in uns über das Geistige.

Wir sehen also, woher das Naturrecht seinen Ausgangspunkt nimmt. Die Grundlage des Naturrechts ist das Wesen des Menschen, die menschliche Natur. Dies ist ein objektiver Ausgangspunkt, etwas, das völlig unabhängig von uns besteht, was wir uns nicht selbst ausgedacht haben, was wir nicht selbst gemacht haben. Es ist eine schlichte, auch wissenschaftliche Tatsache, daß der Mensch eine leib-seelische Einheit ist, daß er Person ist, die leibliches und geistiges in sich verbindet.

Schon in diesem Ausgangspunkt, in der Grundlage unterscheidet sich das christlich verstandene Naturrecht, - man spricht auch vom metaphysisch verstandenen Naturrecht - von allen anderen Naturrechtstheorien. Das aufklärerisch-individualistische Naturrecht beispielsweise nimmt seinen Ausgangspunkt von einem angeblichen Urzustand des Menschen, einem einsamen Robinson Crusoe, wobei die Beschreibung dieses Urzustandes weitgehend von den subjektiven Vorlieben des Autors bestimmt wird.

Beispiele hierfür sind etwa Jean Jacques Rousseau und Thomas Hobbes, die sich auch noch in der Beschreibung des Urzustandes des Menschen deutlich unterscheiden. In diesen Theorien wird zudem der Mensch in seiner Individualität zum Ausgangspunkt genommen und damit die soziale Natur des Menschen als etwas zweitrangiges, nicht ursprünglich zum Menschen gehörendes angesehen. Folglich können diese Theorien auch nur zum Individualismus führen.

2. Wo hat das Naturrecht seinen Ursprung?

Die Lehre vom Naturrecht ist eigentlich schon sehr alt und keine christliche Erfindung. Das

Naturrecht selber ist allerdings noch viel älter als die Lehre vom Naturrecht. Die wichtigsten Elemente des Naturrechts finden sich praktisch in fast allen Hochkulturen der Menschheit, am deutlichsten ausgeprägt freilich in der griechisch-römischen Kultur und ganz besonders im Volk Israel in den Zehn Geboten. Die Zehn Gebote, die das Volk Israels am Berge Sinai von Gott selbst empfangen hat, sind gewissermaßen eine klare Kurzfassung des gesamten Naturrechts.

Durch die schwere Beeinträchtigung die die menschliche Natur durch die Sünde unserer Stammeltern erlitten hat, sah Gott offenbar die Notwendigkeit, dem auserwählten Volk Israel das Naturrecht in einer einfachen und einprägsamen Form mitzuteilen. Grundsätzlich ist aber festzuhalten, daß der Mensch auch ohne göttliche Offenbarung, wenn auch mit verschiedenen Schwierigkeiten, das Naturrecht mit seiner Vernunft einsehen und verstehen kann. Dies sieht man beispielhaft in der griechisch-römischen Kultur, wenn hier auch zweifellos nicht immer alles mit rechten Dingen zugeht und verschiedene Irrtümer fast unvermeidbar waren.

Die Lehre vom Naturrecht geht zurück auf die Anfänge der Philosophie bei den Griechen, besonders aber auf Aristoteles. Ihre systematische und christliche Prägung erhielt es insbesondere durch den hl. Thomas von Aquin. Auch hier sieht man, daß das Christentum das Vorhandene nicht einfach zerstört, sondern aufnimmt und durch das geoffenbarte Licht des Glaubens durchdringt, reinigt und erhellt. Seit der Zeit des engelgleichen Lehrers ist die Lehre vom Naturrecht die Grundlage für die Lehrverkündigung der Kirche in Bezug auf allgemeine moralische, soziale, politische und rechtliche Fragen mit denen sich die Kirche an alle Menschen des Erdkreises wendet und nicht nur an die Gläubigen.

Die Lehre des Naturrechts ist nicht primär eine kirchliche Lehre oder mit der katholischen Lehre identisch. Sie bezieht sich ausschließlich auf die natürlichen Rechte und Pflichten des Menschen als Menschen. Dies wird schon dadurch ersichtlich, daß z.B. die christliche Moral weit über die Ethik des Naturrechts hinausgeht. Die genuin christlichen Tugenden von Glaube, Hoffnung und Liebe sind übernatürliche Tugenden, die ohne die göttliche Gnade nicht bestehen können. Gnade setzt aber die Natur voraus.

Das Naturrecht ist das allgemeine Gesetz, das sich aus der von Gott geschaffenen Natur des Menschen ergibt. Es ist für alle Völker aller Zeiten verbindlich, weil das Wesen des Menschen unabhängig von Volkszugehörigkeit, Kultur und Geschichte ist.

3. Wandlungen im Verständnis des Naturrechts (Rationalismus, Aufklärung, Menschenrechte); protestantische Autoren.

Heute und schon seit dem 16. Jahrhundert wird das wahre Naturrecht häufig einfach mit der katholischen Moral identifiziert und auf Grund dieser Verbindung abgelehnt. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt auch die Revolution des Protestantismus, der zunächst mit Luther das Naturrecht ablehnte, sich dann aber später wieder damit befaßte und eine eigene Naturrechtstheorie entwickelt. Zu nennen ist hier Hugo Grotius, der die Grundlagen für das liberale Naturrechtsverständnis geschaffen hat und Samuel Puffendorf, dessen Naturrechtsverständnis die wichtigsten Grundlagen für das Naturrecht der Aufklärung vorwegnimmt.

Ganz im Sinne von Luther ist beiden die Trennung von göttlichem und weltlichem Recht gemeinsam, beide säkularisieren das Naturrecht, d.h. sie trennen die Rechte und Pflichten des Menschen von den Rechten Gottes. Diese Trennung von Gott und Mensch in der Gesellschaft findet sich seither bei allen anderen Theorien des Naturrechts, am radikalsten bei den auf die französische Revolution zurückgehenden "Menschenrechten", in denen Gott bestenfalls noch in irgendeiner Präambel vorkommt.

Die Theorie der Menschenrechte ist die Naturrechtslehre der Freimaurer. Hierzu gehört auch das Projekt "Weltethos" des sogenannten 'Theologen' Hans Küng, für das er am 17. Mai 2007 den "Kulturpreis Deutscher Freimaurer" vom Großmeister Jens Oberheide überreicht bekam. Laudator war übrigens der Intendant des WDR, Fritz Pleitgen.

Vor allem seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist der Begriff des Naturrechts nicht nur aus der öffentlichen Diskussion weitgehend verschwunden, sondern auch aus der kirchlichen Lehrverkündigung. Dies wird ersichtlich am neuen Sozialkatechismus der katholischen Kirche (Kompendium der Soziallehre der Kirche, 2006), der seine individualistisch-personalistische Prägung nicht verbergen kann und den Grundbegriff der überlieferten Soziallehre, das Gemeinwohl, kaum noch verwendet. An die Stelle des Naturrechts treten heute die "Menschenrechte".

Wir halten also fest, daß es nicht das Naturrecht gibt, sondern daß es zumindest drei unterschiedliche Verständnisse des Naturrechts gibt. Gemeinsam ist allen drei Auffassungen der Gegensatz zum sogenannten positivistischen Rechtsverständnis, welches das gesamte Recht als bloße Setzung (lat. positio) des Menschen, bzw. der menschlichen Vernunft, versteht. Damit hört aber bereits die Gemeinsamkeit auf.

4. Das metaphysisch verstandene Naturrecht:

Die Natur des Menschen als leib-geistige Einheit

Doch kehren wir zurück zum ursprünglichen und wahren Verständnis des Naturrechts. Naturrecht in diesem Sinne hat eine ontologische, eine metaphysische Begründung im Wesen, in der Natur des Menschen. Und die Natur des Menschen, wie der Mensch und alles andere überhaupt, ist von Gott geschaffen. Hier sind wir schon beim wichtigsten Unterschied zwischen dem überlieferten, metaphysischen Naturrecht und allen anderen Naturrechtsverständnissen, die sich später in der Neuzeit herausgebildet haben.

Außer dem metaphysischen Naturrecht sind alle anderen Begriffe des Naturrechts, einschließlich der protestantischen Formen, säkularisierte Formen des Naturrechts. Selbst wenn bei ihnen Gott noch vorkommt, hat er eine bestenfalls nebensächliche Bedeutung, bildet aber nicht das Prinzip des Naturrechts. Dabei ist zu beachten, daß der naturrechtliche Gottesbegriff nicht mit dem Gott der Offenbarung identisch ist!

Im Naturrecht nimmt man Bezug auf einen Gott, wie er mit den Mitteln der natürlichen Vernunft klar erkannt werden kann. Gott ist demnach ein ewiges, unveränderliches, allmächtiges, allwissendes, gerechtes und gütiges Wesen, das das gesamte Universum geschaffen hat, ein Gottesverständnis, wie es zum Teil bereits in der griechischen Philosophie beschrieben wurde.

Was folgt aber aus dieser Stellung Gottes? Wenn Gott alles erschaffen hat, dann hat er selbstverständlich auch uns, den Menschen erschaffen. Und mit dem Menschen hat Gott bestimmte Gesetze erschaffen an die sich der Mensch halten muß, um seiner menschlichen Würde gerecht zu werden.

Um welche Gesetzmäßigkeiten handelt es sich nun? Man kann die sich aus der Natur des Menschen ergebenden Gesetzmäßigkeiten in drei Gruppen einteilen, die sich aus den Beziehungen ergeben, in denen der Mensch, also wir, eingebunden sind. Man findet ja oft die Vorstellung, daß Gott nur Einzeldinge erschaffen hat und alles andere gewissermaßen von selbst da ist oder von den Einzeldingen selbst gemacht wurde. Diese Vorstellung, die das Einzelne, Individuelle in den Mittelpunkt stellt und alles andere, wie z.B. die Beziehungen und Eigenschaften der Dinge und Menschen als zweitrangig betrachtet, nennt man Nominalismus.

Diese Vorstellung stammt aus dem Spätmittelalter und war der Wegbereiter der neuzeitlichen Welt. Gott hat keineswegs nur Einzeldinge und einzelne Menschen erschaffen, sondern ebenso alle allgemeinen Eigenschaften und Beziehungen, in denen die Dinge und Menschen stehen, also auch z.B. die Familie und die Gesellschaft! Die Gesetzmäßigkeiten die mit dem Wort Naturrecht zusammengefaßt werden ergeben sich nun aus den drei Gruppen von Beziehungen, in denen der Mensch immer schon steht, die Gott mit dem Menschen zusammen erschaffen hat. Es gibt nun drei Gruppen solcher Beziehungen:

1. Da sind zunächst die Pflichten und Rechte, die sich aus dem Verhältnis des Menschen zu Gott ergeben, denn er ist ein von Gott geschaffenes Wesen, das in seinem gesamten Leben vollständig von Gott abhängig ist.

2. Aus seiner Natur als leib-seelisches Wesen ergeben sich bestimmte Verpflichtungen im Verhältnis des Menschen zu sich selbst.

3. Es folgen bestimmte Rechte und Pflichten aus der Natur des Menschen im Verhältnis zu seinen Mitmenschen.

Zur Verdeutlichung des hier sehr allgemein Gesagten zunächst eine kurze Erläuterung.

Zu 1.: Als von Gott geschaffenes und von ihm abhängiges Wesen folgt für den Menschen die Verpflichtung, Gott zu danken und ihm die Ehre zu erweisen. Der Mensch ist vollständig von Gott abhängig, unendlich abhängiger, als ein Säugling von seinen Eltern. Und während die Abhängigkeit des Kindes von den Eltern im Verlauf des Lebens immer mehr abnimmt, gilt dies von der Abhängigkeit des Menschen von Gott keineswegs. ...

Es folgt daraus aber auch das Recht zur Ausübung des wahren religiösen Kultes. Dadurch wird unmißverständlich deutlich, daß die zunehmende Beseitigung der Sonntagsruhe durch den liberal-kapitalistischen Staat ein schwerer Verstoß gegen das Naturrecht ist. Dies ist nur ein Beispiel wie der moderne Staat, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über Menschenrechte daher faselt, die Rechte Gottes, aus denen sich überhaupt erst Rechte für den Menschen ergeben, mit Füßen tritt. Ein Christ, der dies auch offen ausspricht, wird von denselben Personen mit einem islamistischen Haßprediger gleichgesetzt.

Zu 2.: Kommen wir nun zum zweiten Bereich der Beziehungen, den Beziehungen des Menschen zu sich selbst. Die leib-geistige Natur des Menschen bedeutet nicht, daß der menschliche Leib und sein Geist einfach nur nebeneinander bestehen wie zwei Welten. Dieser radikale Dualismus wurde von dem französischen Philosophen René Descartes im 17. Jahrhundert vertreten und fand später viele Anhänger.

Es gibt hier eine Hierarchie zwischen dem Leiblichen und dem Geistigen, wobei das Geistige im Menschen dem Leiblichen, - seinen Trieben, Emotionen usw. - übergeordnet ist. Daraus folgt für den Menschen die Verpflichtung, alles Triebhafte und aus seiner Physis stammende, dem Geistigen soweit wie möglich unterzuordnen. Damit gemeint sind bestimmte Tugenden, wie die Mäßigkeit, die Keuschheit usw., also Verhaltensweisen, in denen der Mensch seine triebhafte Natur nicht ausschaltet, sondern dem Geistigen unterordnet. Ein auch nur grober Blick auf unsere gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände macht schon klar, daß heute das genaue Gegenteil propagiert wird.

Man muß seine Triebe ausleben, alles in vollen Zügen genießen. Zurückhaltung, Mäßigkeit gilt als "total spießig". In früheren Jahrhunderten waren diese Tugenden schon allein zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung lebensnotwendig. Die moderne Gesellschaft hat offensichtlich Mechanismen entwickelt, durch die solche Tugenden heute scheinbar überflüssig geworden sind. Ich bin mir aber sicher, daß dies sich rächen wird und die moderne liberale Gesellschaft an ihrer Triebhaftigkeit zugrunde geht.

Schon heute wird überdeutlich, daß der Staat kaum noch in der Lage ist, die Geister die er selbst rief, zu bändigen und die gesellschaftliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Ganze Stadtteile in Großstädten werden heute schon von kriminellen Banden beherrscht, die ihren Anteil an der Triebbefriedigung "jetzt und sofort" fordern und in die sich die staatlichen Ordnungsorgane nicht mehr hineinwagen. Schulen müssen durch Sicherheitskräfte geschützt werden und der Drogenkonsum, - ein typisches Kennzeichen einer reinen auf Lustmaximierung gerichteten Gesellschaft - fordert mehr und mehr Opfer.

Zu 3.: Kommen wir nun zur dritten Beziehung in die der Mensch eingebunden ist, der Beziehung zu den Mitmenschen. Der Mensch ist von Anfang an ein soziales Wesen, er steht immer schon in Beziehungen zu Mitmenschen. Er wird in eine Familie hinein geboren und ist

zunächst vollständig von seinen Eltern abhängig. Auch aus dieser Abhängigkeit ergibt sich die Pflicht zur Unterordnung der Kinder unter ihre Eltern, zum Gehorsam gegenüber ihnen.

Auch Dankbarkeit und Ehrfurcht gebührt den Eltern von seiten ihrer Kinder, sowie die Verpflichtung, ihnen später im Alter, wenn sie selbst Hilfe brauchen, beizustehen. Alle diese Verpflichtungen, die sich natürlicherweise aus dem Wesen des Menschen ergeben und Jahrtausende lang nicht in Frage gestellt wurden, werden heute lächerlich gemacht.

Der Mensch ist aber außer in der Familie und der weiteren Verwandtschaft noch in zahlreichen weiteren sozialen Beziehungen eingebunden - als Nachbar und Mitglied seiner Heimatgemeinde, als Staatsbürger, er ist Kollege in einem Unternehmen und in einer Berufsgemeinschaft. All diese Beziehungen bringen bestimmte Pflichten mit sich, aus denen auch Rechte für den Einzelnen erwachsen, nicht umgekehrt. Die grundsätzlichsste und allgemeinste Verpflichtung, die sich aus den sozialen Beziehungen des Menschen ergeben, ist die Verpflichtung, bei allen seinen Handlungen zum Gemeinwohl der jeweiligen Gemeinschaft aber auch des Ganzen, daß heißt des Staates, beizutragen. ...

Aus dem wenigen, das ich bisher zu den Rechten und Pflichten gesagt habe, die sich aus der menschlichen Natur ergeben, erkennt man bereits, daß alle Rechte des Menschen in Pflichten gegründet sind, daß das "subjektive Recht nichts anderes ist, als die Befugnis, seine Pflicht zu erfüllen" (Fellermeier, 1980, 9). Dies ist ein weiterer ganz entscheidender Unterschied des wahren Naturrechts zu den Naturrechtsverständnissen des Rationalismus und der Aufklärung, aber ebenso zu den sogenannten Menschenrechten. Die Menschenrechtsfanatiker haben nichts Besseres zu tun, als die Rechte des Menschen aufzulisten und sie lassen keine Gelegenheit außer acht, neue Menschenrechte zu proklamieren.

Neuerdings werden das Recht auf freie sexuelle Orientierung, das Recht auf Abtreibung, das Recht auf Selbstmord usw. als Menschenrechte gefordert. Allein durch den bloßen Hinweis auf das Grundprinzip des Naturrechts, daß Rechte sich aus Pflichten ergeben, würden alle diese angeblichen Rechte mit einem Schlag erledigen. Gibt es eine Pflicht zur Homosexualität? Eine Pflicht gezeugte Kinder umgehend zu ermorden oder sich selbst, im angemessenen Alter und bei Hilfsbedürftigkeit zu erhängen? Man sieht hier, wie lächerlich der Begriff der Menschenrechte ist. Menschenrechte sind der Kampfbegriff der Freimaurerei gegen die Rechte Gottes.

Wenn alle Rechte in Pflichten begründet sind, dann bedeutet das natürlich auch, daß derjenige, der größere Pflichten hat, auch mehr Rechte daraus ableiten kann. Eltern haben natürlich mehr Pflichten und damit auch Rechte als ihre Kinder, und ein mittelständischer Unternehmer, der die Verantwortung für sein Unternehmen und dreihundert Mitarbeiter hat, hat selbstverständlich auch mehr Rechte als seine Mitarbeiter. Hierzu das Zitat des Sozialethikers Jakob Fellermeier, der noch 1980 eine im großen und ganzen ordentliche kleine Schrift zum Naturrecht veröffentlicht hat:

"Die grundsätzliche Voranstellung der Rechte vor den Pflichten, wie sie in der Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter oder nach dem Recht auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zum Ausdruck kommt, hat den Naturrechtsbegriff der Aufklärung zur Voraussetzung, der das Naturrecht primär als subjektives Recht sieht und jede Rechtspflicht als nachträgliche Beschränkung dieses Rechts auffaßt" (ebd. 10). In diesem Satz ist das Wesentlichste zum Problem der Gleichberechtigung kurz und klar zusammengefaßt. Hinsichtlich der Würde als von Gott geschaffene Ebenbilder sind alle Menschen gleich; die liberalistische und sozialistische Forderung nach vollständiger Gleichberechtigung aller Menschen führt zu nichts anderem als zu maßlosen Ungerechtigkeiten.

Ein Familienvater, der gut für seine Familie sorgt und in zahlreichen Pflichten eingebunden ist, hat selbstverständlich auch mehr und andere Rechte als seine Ehefrau. Dies ist absolut keine Herabwürdigung der Frau, sondern ganz im Gegenteil die Einsetzung der Frau in ihre

eigentliche und volle Würde. Selbstverständlich hat eine Frau, die selbst arbeiten geht und zum Lebensunterhalt der Ehe, evtl. zum Lebensunterhalt der Familie beitragen muß, weil die liberal-kapitalistische Gesellschaft dem Vater ein angemessenes Familieneinkommen verweigert, auch zusätzliche Pflichten und damit auch zusätzliche Rechte.

Seit Jahren werden in Deutschland ganze Wahlkampfeschlachten um den Begriff der Gerechtigkeit geführt. Keine schwachsinnige Talkshow ohne Diskussion um "soziale Gerechtigkeit". Haben Sie in diesen Jahren auch nur einmal von einem Politiker, egal ob CDU-Politiker, Sozialdemokrat oder Linksozialist jemals gehört, was überhaupt Gerechtigkeit bedeutet, nämlich "Jedem das Seine"? Natürlich nicht! Gerechtigkeit bedeutet für diese Ideologen "allen das Gleiche". Der Kommunismus ist keineswegs mit dem Zusammenbruch des Ostblocks untergegangen. Er findet sich heute mitten in der liberalen Gesellschaft.

Mit dem naturrechtlichen Prinzip, daß alle Rechte in Pflichten gründen, haben wir zugleich ein gutes Mittel in der Hand, die sogenannten Menschenrechte angemessen zu beurteilen.

Ob ein sogenanntes Menschenrecht auch ein wirkliches Recht des Menschen ist, zeigt sich daran, ob dieses Menschenrecht eine vorausgehende Pflicht mit sich bringt. Nehmen wir das Beispiel eines sogenannten Menschenrechts, daß heute scheinbar eines der wichtigsten ist und in fast allen liberalen Verfassungen der Welt ganz weit oben steht. Ich meine das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit. Ergibt sich dieses vermeintliche Recht aus der Natur des Menschen? Wenn dies zutrifft, dann muß es eine Pflicht geben, die dem Recht auf Meinungsfreiheit vorhergeht.

Gibt es eine solche Verpflichtung des Menschen? Aus der menschlichen Natur, die in der Lage ist, das Gute und Böse zu erkennen und zu unterscheiden und damit das oberste Gesetz des Naturrechts "Man soll das Gute tun, und das Böse lassen" (Thomas von Aquin) mit Hilfe des Gewissens erkennt, folgt die Verpflichtung, stets dem Gewissen zu folgen. Aus dieser Pflicht folgt das Recht auf Gewissensfreiheit, wobei ein gebildetes Gewissen selbstverständliche Voraussetzung ist. Einem fünfjährigen Kind wird niemand Gewissensfreiheit zubilligen, weil es noch kein gebildetes Gewissen haben kann. Gewissensfreiheit ist aber etwas durchaus anderes als Meinungsfreiheit.

Meinungsfreiheit bedeutet, daß jeder uneingeschränkt seine Meinung in Wort und Schrift ausdrücken darf, sofern er nicht die Rechte anderer Personen verletzt, diese z.B. beleidigt. Von der Wahrheit der Meinung wird dabei völlig abgesehen. Dieses Absehen von der Wahrheit ist überhaupt ein allgemeines Kennzeichen der liberalen Menschenrechtsauffassung. Der Liberalismus ist agnostizistisch, das bedeutet, er geht davon aus, daß niemand die Wahrheit mit Sicherheit erkennen kann. Wenn die Wahrheit aber nicht erkennbar ist, dann darf sie auch nicht bei den Rechten und Pflichten eine Rolle spielen.

Jeder soll seine Meinung vertreten können die er "persönlich" für wahr hält, denn wer weiß schon, ob seine Meinung wahr oder falsch ist. Auf welcher Pflicht gründet aber dann das Recht auf Meinungsfreiheit? Es gibt eine Verpflichtung stets die Wahrheit zu sagen, aber keine Pflicht, stets seine Meinung zu sagen. Meinungsfreiheit im naturrechtlichen Verständnis besagt das Recht, Dinge die in politischer Hinsicht strittig sind oder die dem Volk abgefordert werden, offen und frei besprechen zu dürfen.

Ein demokratischer Staat, und auf diesen bezieht sich vor allem diese Bestimmung der Meinungsfreiheit durch Papst Leo XIII., darf vom Volk nicht verlangen, daß es "die ihm auferlegten Pflichten und Opfer" einfach ableistet, ohne sich seine "eigene Ansicht zu bilden", und dieser Ansicht ehrlich "Ausdruck zu verleihen und in einer dem Gemeinwohl entsprechenden Weise Geltung zu verschaffen" (Leo XIII., *Libertas praestantissimum*, vgl. auch: Herders Sozialkatechismus, Bd. II, 1953, 232).

Die so verstandene Meinungsfreiheit ist an Bedingungen geknüpft, z.B. daß die Äußerungen dem Gemeinwohl dienen, daß sie sich auf Fragen beziehen, "über die man verschiedener

Meinung sein kann, welche Gott dem Menschen anheimgestellt hat, diese zu untersuchen", und sie entspringt aus der Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit. Der heutige Begriff der Meinungsfreiheit, wie er auch den Menschenrechten zugrunde liegt, ist hingegen individualistisch geprägt; sie ist durch nichts begrenzt, außer daß sie die Rechte anderer Personen nicht beeinträchtigt, diese vor allem nicht beleidigt.

Die grundlegendste menschliche Gemeinschaft, die von Gott selbst gestiftet wurde, ist die Ehe. Die Ehe beruht auf der Liebe zwischen Mann und Frau und ist die Keimzelle der Familie. Gegen diese rein natürlichen Grundlagen, die sich aus dem Wesen des Menschen und seiner Erschaffung als Mann und Frau selbstverständlich ergeben, laufen die Feinde Gottes schon seit zweihundert Jahren Sturm.

Während man sich über die Mißachtung der Meinungsfreiheit in China oder Rußland die größten Sorgen macht, stört sich niemand dieser Moralapostel an der Zerstörung der Grundlagen der Gesellschaft. Ganz im Gegenteil betreibt der Staat selbst die Aushöhlung von Ehe und Familie. Dafür ein aktuelles Beispiel, das gleich mehrere Verstöße des deutschen Staates gegen das Naturrecht offenbart. Das Wesen der Ehe ist die von Gott gestiftete unauflösliche Gemeinschaft von Mann und Frau, die schon in der Schöpfungsordnung angelegt ist. Mann und Frau sind von Anfang an aufeinander verwiesen, Gott hat den Menschen in zwei Geschlechtern geschaffen."

Der geschlechtliche Unterschied ist unter den Menschen der grundlegendste und tiefgreifendste; er ist nicht nur körperlich, sondern ebenso gut geistig-seelischer Art" (Herders Sozialkatechismus, II, 3). Der Sinn der Ehe ist die Zeugung, Pflege und Erziehung von Nachkommen, denn dadurch wird die menschliche Gemeinschaft erhalten. Kinder sind von Geburt an und über viele Jahre unselbständig und bedürfen der Pflege und Erziehung. Wenn diese schlichten empirischen Tatsachen auch heute mehr und mehr bestritten werden, so kann jeder gesunde erwachsene Mensch, der nicht total ideologisch verbohrt ist, diese Tatsachen ohne große Überlegung erkennen.

Nun folgen aber aus diesen Tatsachen einige weitere Sachverhalte, die durch den modernen Liberalismus und Sozialismus in Frage gestellt werden. Was zunächst aus den Tatsachen der Ehe folgt ist die Verpflichtung der Eltern, mit allen ihnen verfügbaren Mitteln für die Pflege und Erziehung der ihnen geschenkten Kinder zu sorgen. Dies ergibt sich als logische Folge aus dem Ziel der Ehe. Niemand kann den Eltern diese Aufgabe abnehmen, es ist ihre ureigenste Pflicht, denn die Kinder gehören den Eltern, es sind allein ihre Kinder.

Nicht nur, daß sich der Staat schon seit langem das Recht anmaßt, Ehen zu schließen und gültig geschlossene Ehen zu scheiden, - beides schwere Verstöße gegen das Naturrecht -, er will nun auch die Kindererziehung selbst übernehmen. Eine derartige ungeheure Anmaßung war bisher nur aus kommunistischen und nationalsozialistischen Diktaturen bekannt.

Natürlich ist der Staat berechtigt und auch verpflichtet, die Erziehung der Eltern zu schützen, auf verschiedene Weise zu unterstützen und nach den Erfordernissen des Gemeinwohls zu ergänzen, aber in keinem Fall ist es dem Staat erlaubt, die elterliche Erziehung zu ersetzen. Sollten die Eltern, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sein, für die Erziehung der Kinder zu sorgen, so tritt hier zunächst die Hilfe der Angehörigen in Kraft.

Sollten auch diese nicht in Lage sein, die Kinder zu erziehen, dann ist die Kirche mit ihren Einrichtungen zuständig. ...

Auf keinen Fall hat jedenfalls der Staat ein Erziehungsrecht oder irgendeine Gewalt über Kinder.

Nun wird sehr oft eingewandt, daß das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder nicht selten mißbraucht wird. Denn wenn den Eltern das erste Erziehungsrecht zusteht, dann sind die Kinder auf Gedeih und Verderb den verschiedenen Einstellungen und Weltanschauungen der Eltern ausgeliefert. Sie können ihre Kinder zu Ungläubigen, Asozialen, Sektierern, Kom-

munisten und was sonst noch erziehen. Dieser Einwand ist zweifellos richtig. Wie alles andere auch, so kann auch das Elternrecht mißbraucht werden, d.h. die Eltern kommen ihrer Pflicht nicht in angemessener Weise nach. Aber der Mißbrauch eines Rechts kann niemals dazu führen, das Recht selbst abzuschaffen oder mehr und mehr zu untergraben.

Bei Mißbrauch des Elternrechts kann der Staat von Fall zu Fall eingreifen und zwar im Sinne des Gemeinwohls. Die Gründe für den gerade in unserer Zeit massenhaften Mißbrauch des Elternrechts liegen nicht in diesem Recht, sondern im modernen Zeitgeist, dem der Staat entgegenzutreten sollte, anstatt, wie es heute geschieht, diesen noch zu fördern. Ein Staat, der die Tötung von Kindern im Mutterleib nicht bestraft, muß sich nicht wundern, wenn Eltern ihre Kinder nach der Geburt mißhandeln oder töten. Die Botschaft die von solch einer nicht bestraften Tat wie der Abtreibung ausgeht ist doch die, daß das Leben von Kindern nichts wert ist.

Hinzu kommt die staatlich betriebene Aushöhlung der Ehe, die das Fundament der Familie ist, durch die Förderung - nicht nur Duldung, was schon schlimm genug wäre - der Homosexualität, der Ehescheidung und so weiter. Ehe und Familie und das sich aus der Natur der Ehe ergebende Elternrecht sollten hier nur als Beispiel dienen für die zunehmende Zerstörung der naturrechtlichen Grundlagen der Gesellschaft und des Staates durch den modernen liberalen Staat, der zunehmend anstelle des Naturrechts das positive Recht setzt: 'Allein der menschliche Wille ist Urheber und Grund aller Gesetze und allen Rechts.'

Mehr und mehr nimmt diese Auffassung in der politischen Diskussion die Mehrheit ein. Selbst die sogenannten Menschenrechte werden heute zunehmend positivistisch gedeutet, indem man nach eigenem Gutdünken bestimmte Rechte wegnimmt und andere hinzufügt. Nur so kann man erklären, warum seit einigen Jahren das "Recht auf freie sexuelle Orientierung und freie Wahl der Geschlechtsrolle" als Menschenrecht gefordert wird.

Das Naturrecht ist ewiges Recht, von Gott selbst erschaffen und dem Menschen gegeben, damit er sein ewiges Ziel erreichen kann. Niemand, keine Gewalt auf dieser Erde und auch nicht die freimaurerische UNO, kann dieses Recht außer Kraft setzen.

Damit komme ich nun zum Schluß und möchte dazu die entscheidende Frage stellen: Warum ist der Kampf für das Naturrecht so wichtig? Die Antwort ergibt sich aus einem bekannten Dogma der katholischen Kirche, dem Dogma nämlich, daß die Gnade die Natur voraussetzt. Wo die menschliche Natur schwer beeinträchtigt ist, wo der Mensch in seinem natürlichen Wesen bedroht und entwurzelt ist, dort besteht nur noch geringe Hoffnung, daß er sein ewiges Ziel, die glückselige Anschauung Gottes, erreicht.

Starke Drogenabhängigkeit, sexuelle Perversionen in großem Ausmaß, Heimat- und Bindungslosigkeit, mit schwer zerrütteten Familien und ausgeprägter Egoismus mit starken gesellschaftlichen Spaltungen sind heute keine Ausnahmeerscheinungen mehr. Je mehr derartige Phänomene zunehmen, desto schwieriger wird es für die Kirche ihrer Aufgabe noch nachzukommen, daß Evangelium zu verkünden, die Menschen und die Gesellschaft zu Christus zu führen. Und diese Aufgabe ist die Aufgabe jedes Christen, nicht nur der Ordensleute, Priester und Bischöfe.

Um Louis Veuillot zu zitieren: "jeder Gabe, die wir erhalten, wohnt zugleich die Pflicht inne, Seelen und Leiber der vielen schwachen und unwissenden Brüder zu schützen. Der besondere Schutz, den wir den Schwachen schulden, ist die Einrichtung von Gesetzen, die ihnen die Erkenntnis Gottes und die Kommunikation mit Gott ermöglichen. ...

Apostolat, Mission und Re-Christianisierung sind nur möglich auf der Grundlage einer gesunden menschlichen Natur, deren Wesenseigenschaft die Offenheit für Gott ist.

Der liberal-individualistische Staat ist seinem Wesen nach auf die Isolierung, Atomisierung und Individualisierung des Menschen gerichtet und zerstört so aus seinem inneren Wesen heraus die Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft, die für den Liberalismus nichts

anderes ist als ein nachträgliches Phänomen, eine Aktiengesellschaft. Dieser Zerstörung der menschlichen Natur, die sich mehr und mehr rächen wird, dürfen wir nicht weiter tatenlos zusehen. Alle Menschen guten Willens, besonders aber wir Christen, sind zum Widerstand gegen die Zerstörung der menschlichen Natur aufgerufen.<<